

LPVG-Änderung – eine Zombie Aktion?

Die Zombie-Forschungsgesellschaft ZEO (Zombie Research Society) hat sich zur Aufgabe gemacht, das Verständnis für die Untoten in Öffentlichkeit, Kunst und Wissenschaft zu fördern. So war kürzlich unter www.tagesschau.de zu lesen. Ihren Hauptsitz hat die ZEO in Irland.

„Agiert der ZEO auch in der baden-württembergischen Landesregierung?“

fragt sich Dagmar Schorsch-Brandt,

stellvertretende ver.di Landesvorsitzende in Baden-Württemberg.

Der Obrigkeitsstaat, nach Einführung der Demokratie totgeglaubt und doch als Untoter unter uns? Ein Zombie, der einen unkontrollierbaren Hunger auf unsere Gehirne hat? Müssen wir uns Sorgen machen?

Anlass dazu bieten die geplanten Änderungen im LPVG, die den tot geglaubten Obrigkeitsstaat wieder aufleben lassen:

- Verbindliche Dienstvereinbarungen in Zeiten knapper Kassen? Das wäre ja noch schöner, wenn Personalrätinnen und Personalräte auf mühsam erreichten Kompromissen bestehen!
- Mitbestimmung bei Maßnahmen zur Leistungssteigerung? Im Kaiserreich wussten die Staatsspitzen doch auch, was gut für Deutschland ist!
- Letztentscheidungsrecht der Einigungsstelle? Wo kämen wir hin, wenn nicht der Arbeitgeber bestimmt, was für das Gemeinwohl und damit für die Beschäftigten gut ist!



Am 30. Januar 2010 hat Ministerpräsident Mappus auf der baden-württembergischen DGB-Bezirkskonferenz die Mitbestimmung über den grünen Klee gelobt, auch und gerade im öffentlichen Dienst.

Ein Vierteljahr später legt er die Axt an die demokratische Teilhabe der Beschäftigten und ihrer gewählten Interessenvertretungen.

Verlässlichkeit geht anders, Herr Mappus!



Mitbestimmung statt Willkür

Die Absicht der Landesregierung ist klar:

In Zeiten knapper Kassen werden Aushandlungsprozesse zwischen Beschäftigten, ihren Personalräten und den jeweiligen Arbeitgebern schwieriger. Erreichte Kompromisse müssen allen Beteiligten vermittelt werden. Es ist kein Geheimnis, dass Demokratie Zeit und Geld kostet.

Umso schöner wäre es für die Dienststellenleitung wenn sie anordnen könnte statt verhandeln zu müssen.

Wer dachte, diese Zeiten seien seit 1918 vorbei, sieht sich getäuscht.

Der obrigkeitstaatliche Kern der LPVG-Novellierung ist offensichtlich!

Die Beschäftigten und ihre Personalräte sagen:

Obrigkeitsstaat – nein danke!
Mitbestimmung geht anders!

Wie geht es weiter?

Am 17. Juni 2010 hat uns Staatsminister Rau zur Anhörung des Gesetzentwurfes zur Dienstrechtsreform und zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes eingeladen. Anschließend werden den Landtagsfraktionen der Gesetzentwurf und die Stellungnahmen der beteiligten Gewerkschaften und Verbände zugeleitet. Der Landtag befasst sich erstmals mit dem Gesetz im Juli. Danach geht es in die Ausschüsse und in der ersten Sitzung nach der Sommerpause (im Oktober 2010) soll das Gesetz verabschiedet werden.

Wir müssen jetzt den Druck auf die Landtagsabgeordneten erhöhen.

Am **Samstag, den 12. Juni 2010** besteht Gelegenheit, auf der Demonstration in Stuttgart nicht nur ein Zeichen gegen den Wahnsinn der Finanzmärkte und die unsoziale Sparpolitik der Bundesregierung zu setzen, sondern auch für eine volle Mitbestimmung beim Land und den baden-württembergischen Kommunen zu demonstrieren.

Lasst uns den Verantwortlichen klar machen:

Das nennt ihr gerecht? – Gerecht geht anders!

**NICHT AUF UNSEREM
RÜCKEN**